

### **Nr. 15/902**

#### **Härtefallkommission im Ausländerrecht einführen!**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 15. Februar 2002  
(Drucksache 15/1067)

Diese Große Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

### **Nr. 15/903**

#### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung
2. Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze im Güterkraftgewerbe  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 24. Januar 2002  
(Drucksache 15/1046)
3. Indirekteinleitung von Schadstoffen  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Februar 2002  
(Drucksache 15/1078)
4. Kein Stillstand im Kampf gegen den Drogentod  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 28. Februar 2002  
(Drucksache 15/1082)

### **Nr. 15/904**

#### **Wahl eines Mitglieds des Senats**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Karin R ö p k e

zum Mitglied des Senats.

### **Nr. 15/905**

#### **Vereidigung eines Mitglieds des Senats**

Das Mitglied des Senats leistet gemäß Artikel 109 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vor der Bürgerschaft (Landtag) nachstehenden Eid

„Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

mit folgenden Worten:

Karin Röpke      „Das schwöre ich.“

## Nr. 15/906

### Fragestunde

1. Einsatz der Bremer Wasserschutzpolizei auf Unter- und Außenweser?  
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2002
2. Schiffskontrollen  
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2002
3. Stand der Aus- und Umbaumaßnahmen des Kreuzfahrtterminals Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2002
4. Maritimes Bündnis  
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002
5. Verkauf der Kabelnetze  
Anfrage der Abgeordneten Schildt, Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002
6. Besserstellung durch Subventionierungen  
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Manfred Oppermann, Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002
7. Frauenförderung im „Konzern“ Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Gisela Schwarz, Barbara Wulff, Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Einrichtung beruflicher Gymnasien  
Anfrage der Abgeordneten Brumma, Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

9. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe  
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Dreyer, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. März 2002

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

10. Behördentelefonbuch 2002  
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. März 2002
11. Umsetzung der Multimedia-Initiative  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Käse, Birgit Busch, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. März 2002
12. Bad Bederkesa statt Unterrichtserteilung  
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 14. März 2002

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## Nr. 15/907

### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Jugendliche Straftäter ‘aufgeben’? Fortgesetzte gesetzeswidrige Einlassungen von Justiz-Staatsrat Mäurer.“**

## Nr. 15/908

### **Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD  
vom 18. Januar 2002  
(Drucksache 15/1043)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die formulierten Ziele des EU-Grünbuchs:

1. wirksame Bestandserhaltung und Schutz der marinen Ökosysteme,
2. stärkere Beteiligung der Akteure an der Entscheidungsfindung,
3. Sicherung eines wirtschaftlich rentablen und autarken Fischereisektors,
4. Förderung des nachhaltigen Fischfangs auch außerhalb der Gemeinschaftsgewässer.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bemühungen der Fischindustrie zur Einführung eines Biolabels für Fischprodukte zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine bessere Fischereiüberwachung, für ein effektiveres Fischereimanagement und für die Bildung eines regionalen Beratungsausschusses für Fischereifragen einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass mit der Ansiedlung des Instituts für Fischereiökologie in Bremerhaven ein erster wichtiger Schritt gemacht wurde, in Bremerhaven die wissenschaftliche Forschung im Fischereisektor auszubauen.

## Nr. 15/909

### **Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 5. Juni 2001  
(Drucksache 15/741)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

## Nr. 15/910

### **Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002  
(Drucksache 15/1100)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/911

### **Optimierung der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 6. März 2002  
(Drucksache 15/1091)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der Senat

- nach der Formulierung klarer und konkreter Ziele der Beteiligungssteuerung eine fortlaufende, zeitnahe Kontrolle der Zielerreichung für notwendig erachtet,
- auf den verschiedenen Steuerungsebenen die Verantwortlichen mit qualifizierten und adressatenorientierten Informationen zeitnah versorgen wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die Datenaufbereitung und die Darstellung von Informationen für die parlamentarischen Gremien einheitlich so zu gestalten, dass eine abgestimmte Zielorientierung, Vergleichbarkeit, Aktualität und Verlässlichkeit der Informationen gewährleistet werden kann,
- für alle steuerungs- und politisch relevanten Bremer Beteiligungen auch bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben die klare Orientierung auf die strategischen Ziele der Haushaltssanierung und Verwaltungsmodernisierung zu richten,
- Kennziffern zur Messung und Bewertung der finanzwirksamen Aktivitäten, Leistungen, Beiträge und Entwicklungen der Unternehmen hinsichtlich dieser strategischen Ziele zu entwickeln, dazu gehören zum Beispiel:
  - Kosten für die Freie Hansestadt Bremen,
  - Ertragslage,
  - Vermögenslage und
  - Finanzlage der Gesellschaft,
- über zukünftige Aufgabenauslagerungen aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung auf Unternehmen privater Rechtsform und Eigen-/Wirtschaftsbetriebe der Bürgerschaft (Landtag) bzw. den parlamentarischen Gremien im Rahmen der bestehenden Beteiligungspflicht nach § 101 LV und § 65 LHO in standardisierter Form zu berichten. Dabei sind folgende Inhalte zu berücksichtigen:
  - a) Bezeichnung der auszulagernden Aufgabe bzw. des betreffenden Unternehmens,
  - b) konkrete Darlegung des Ziels der Auslagerung,
  - c) Begründung der Rechtsform,
  - d) erwartete finanzielle Auswirkungen der Auslagerung auf die strategischen Ziele der Haushaltssanierung und Verwaltungsmodernisierung,
- Gesellschaften, die im Zuge der formellen Privatisierung staatliche Aufgaben übernehmen, eine umfassende Berichts- und Informationspflicht gegenüber dem Senat aufzuerlegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) über den Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 30. Juni 2002 einen abschließenden Vorschlag zur Neuordnung des Beteiligungsmanagements auf der Grundlage des Sachstandsberichts vom 5. Februar 2002 und dieses Bürgerschaftsantrags vorzulegen.

## Nr. 15/912

### **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit**

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001  
(Drucksache 15/896)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## Nr. 15/913

### **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit**

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses  
vom 8. Februar 2002  
(Drucksache 15/1059)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

## Nr. 15/914

### **Grundlagen für ein lebenslanges Lernen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 8. November 2001  
(Drucksache 15/875)

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002**

(Drucksache 15/1073)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/915

### **Konsequenzen aus der internationalen Pisa-Vergleichsuntersuchung für Bremen ziehen**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 24. Januar 2002  
(Drucksache 15/1045)

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 12. März 2002**

(Drucksache 15/1094)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/916

### **Konsequenz aus Pisa – Schule ohne Sitzenbleiben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 12. Februar 2002  
(Drucksache 15/1062)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 15/917**

**Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – § 29 Anfragen**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 5. März 2002

(Drucksache 15/1085)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.